

Niederschrift

über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses



Sitzungs-Nr.: **HFA / 020 / 09-14**

Sitzungs-Tag: **18.03.2014**

Sitzungs-Ort: **Brakel, Am Markt 6, Sitzungssaal
"Alte Waage"**

Beginn der Sitzung: **18:00 Uhr**

Ende der Sitzung: **19:40 Uhr**

Vorsitzender:

Temme, Hermann

CDU:

Grewe, Ursula

Krömeke, Johannes

Lohre, Helmut

Rode, Alexander

Sontag, Johanna

Wulff, Michael

Vertretung für B. Fischer

SPD:

Aßmann, Peter

Beineke, Elisabeth

Multhaupt, Dirk

Vertretung für H.-J. Multhaupt

UWG / CWG:

Rissing, Robert

Wintermeyer, Paul

Liste Zukunft:

Frese, Stefan

Bündnis90 / DIE GRÜNEN:

Schulte, Meinolf

FDP:

Schwarz, Werner Dr.

Vertretung für M. Hartmann

Von der Verwaltung nehmen teil:

Düsenberg, Willi

Gehle, Andreas

Oesselke, Andreas

Schlenhardt, Dominik

Werneke, Regina

Schriftführerin

Tagesordnung

Drucksache Nr.

Öffentliche Sitzung

1. Antrag der Liste Zukunft: Gewährung eines Zuschusses für die Bürgerinitiative Bökendorf

Berichterstatter: Antragsteller

2. Beratung über den Erlass der Haushaltssatzung mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2014

Berichterstatter: Ratsfraktionen

3. 9. Änderung der Hauptsatzung

Berichterstatter: VA Oesselke

656/2009
-2014

4. Neue Vergabedienstanweisung für die Vergabe aller Lieferungen und Leistungen einschl. Bauleistungen der Stadt Brakel

Berichterstatter: Fachbereich 3

657/2009
-2014

5. Bekanntgaben der Verwaltung

Der **Bürgermeister** eröffnet die Sitzung, begrüßt die Zuhörer, die Vertreter der Presse sowie die Sitzungsteilnehmer.

Zu **Form und Frist** der Einladung ergeben sich keine Bedenken.

Anschließend stellt er die **Beschlussfähigkeit** fest.

Die Tagesordnung wird darauf hin wie folgt erledigt:

Öffentliche Sitzung

1. Antrag der Liste Zukunft: Gewährung eines Zuschusses für die Bürgerinitiative Bökendorf

Berichterstatter: Antragsteller

Bürgermeister **Temme** erteilt das Wort an Ratsherrn **Frese**, der den Antrag der Liste Zukunft begründet. Dieser erklärt, dass die Fraktion der Meinung sei, dass der Bürgerinitiative Bökendorf eine adäquate Beratung durch einen Spezialisten zur Seite stehen müsse, um sich der Firma Tennet gegenüber „wehren“ zu können. Die BI sei keine Rechtsform, sie benötige jemanden, der sich mit der „Materie“ auskenne und der Firma Tennet gegenüber entsprechend argumentieren könne.

Ratsherr **Frese** erklärt, dass die Stadt Brakel aus diesem Grund ein Betrag von 5.000 € der Bürgerinitiative Bökendorf zur Verfügung stellen solle.

Bürgermeister **Temme** führt dazu aus, dass die Möglichkeit bestünde, im Haushalt 2014 Mittel zur Verfügung zu stellen und gibt die Anfrage weiter an die Ratsfraktionen.

Ratsherr **Lohre** (CDU) erklärt, dem Antrag nicht zustimmen zu wollen. Er sehe den Antrag als reinen Populismus.

Auch Ratsherr **Schulte** vertritt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Meinung, der Bürgerinitiative Bökendorf aus öffentlichen Mitteln kein Geld zur Verfügung stellen zu wollen. Andere Initiativen hätten somit das gleiche Recht und es würden „offene Türen eingetreten“.

Ratsherr **Aßmann** (SPD) erklärt, dies genauso zu sehen, denn Bürgerinitiativen hätten die Möglichkeit, sich durch Spenden oder Mitgliedsbeiträgen unterstützen zu lassen.

Ratsherr **M. Hartmann** (FDP) vertritt ebenfalls die Ansicht dem Antrag in der Form nicht zustimmen zu wollen. Seiner Meinung nach hätte die Bürgerinitiative Bökendorf mit ihrer Anfrage direkt an den Rat herantreten sollen und nicht über eine Fraktion.

Ratsherr **Wintermeyer** erklärt für die UWG/CWG-Fraktion aus gleichen Gründen den Antrag nicht zustimmen zu wollen.

Ratsherr **Frese** gibt zu Protokoll, dass die Firma Tennet bei den Informationsveranstaltungen „mit einem anderen Kaliber auffahren werden“ und mit „Profis“ antreten. Die Bürgerinitiative Bökendorf habe hingegen keinen Fachmann zur Verfügung und bittet den Rat seine Entscheidung noch einmal zu überdenken.

Ratsfrau **Grewe** als Mitglied des Bezirksausschusses Bökendorf regt an, der Antrag der Liste Zukunft könne direkt an den dortigen Bezirksausschuss verwiesen werden und dieser evtl. Mittel nach Hauptsatzung zur Verfügung stellen.

Ratsherr **Wintermeyer** verdeutlicht, dass nur mit einem gemeinsamen Auftreten – Kreis und Stadt - der Firma Tennet kompetent entgegengetreten werden könne.

Dies sieht auch Ratsherr **Krömeke** so, und ergänzt, eine Bündelung aller Bürgerinitiativen aus den betroffenen Städten sehe er als sinnvoll an. Ebenfalls könne der betroffene Kreis Lippe mit hinzugezogen werden.

Bürgermeister **Temme** hält dies abschließend fest: Man könne nur erfolgreich sein, wenn Kreis, Städte und Bürgerinitiativen sich zusammenschließen und lässt über den Antrag der Liste Zukunft abstimmen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Brakel **lehnt mehrheitlich bei 2 Ja-Stimmen ab** auf Antrag der Liste Zukunft der Bürgerinitiative Bökendorf aus dem Haushalt 2014 Mittel in Höhe von 5.000 € zur Verfügung zu stellen,

damit sich diese bei der Verfolgung ihrer Ziele durch einen Spezialisten beraten lassen können.

Der Haupt- und Finanzausschuss regt ferner der antragsstellenden Fraktion an, sich mit ihrem Antrag direkt an den Bezirksausschuss Bökendorf zu wenden.

2. Beratung über den Erlass der Haushaltssatzung mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2014

Berichterstatter: Ratsfraktionen

Zum Erlass der Haushaltssatzung für das Jahr 2014 bittet Bürgermeister **Temme** die im Rat der Stadt Brakel vertretenen Fraktionen um ihre Stellungnahmen zum Haushaltsplanentwurf 2014.

CDU-Fraktion

Ratsherr **Lohre** erklärt ausdrücklich seine Sorge um die Entwicklung der städtischen Finanzen. Die Grenzen der Finanzierbarkeit seien erreicht. Die Situation „Gesamtschule“ verlange viel ab, es gebe nicht mehr viel Handlungsspielraum.

Ratsherr **Lohre** erklärt für die CDU-Fraktion aus diesem Grund keine Anträge stellen zu wollen, die Fraktion werde dem Haushaltsplanentwurf zustimmen.

SPD-Fraktion

Ratsherr **Aßmann** geht auf die Großprojekte ein, die derzeit im Stadtgebiet umgesetzt werden. Zum Umbau der Gesamtschule stellt er u. a. in Frage, ob 4 Aufzüge nötig seien. Er weist darauf hin, dass die Großprojekte Folgekosten nach sich ziehen, dies müsse alles geschultert werden.

Ratsherr **Aßmann** erklärt für die SPD-Fraktion, dem Haushaltsplanentwurf 2014 aus diesen Gründen abzulehnen.

UWG/CWG-Fraktion

Auch Ratsherr **Wintermeyer** geht auf die Umgestaltung der Gesamtschule ein, und stimmt Ratsherrn **Aßmann** hinsichtlich der Posten zu den Investitionen zu. Er weist darauf hin, dass der Rat aber seinerzeit die Umgestaltung der Gesamtschule beschlossen habe und nun die Kosten auch geschultert werden müssten, jedoch so günstig wie möglich.

Ratsherr **Wintermeyer** stellt zum Haushaltsplanentwurf 2014 den Antrag, die Neuanschaffung einer mobilen Veranstaltungsbühne im Wert von 55.000 € mit einem Sperrvermerk zu versehen. Diese Investition sei in diesem Jahr nicht zwingend notwendig.

Die UWG/CWG-Fraktion werde dem Haushaltsplanentwurf 2014 zustimmen.

Liste Zukunft

Ratsherr **Frese** dankt vorab StOI **Schlenhardt** für seine Unterstützung zu den Fragen des Haushaltsplanes.

Ratsherr **Frese** stellt zum Haushaltsplanentwurf den Antrag, die Pflegefolgekosten für den Bereich „Bökendorfer Grund“ zu erhöhen. Bei Erweiterung des Bereichs würden auch die Pflege- und Instandhaltungskosten steigen.

Zu den Umbaukosten der Gesamtschule trägt er vor, dass dies ein Zukunftsprojekt sei, welches auch einen entsprechenden Ausbau benötige.

Ratsherr **Frese** erklärt für die Liste Zukunft, gegen den Haushaltsplanentwurf 2014 keine Einwände zu haben. Seine Fraktion sehe diesen als vernünftig aufgestellt und werden dem Haushaltsplanentwurf 2014 zustimmen.

StOI **Schlenhardt** weist im Zusammenhang mit den Pflegekosten für den „Bökendorfer Grund“ darauf hin, dass derzeit noch keine Verträge abgeschlossen seien, genaue Zahlen lägen noch nicht vor. Zum Haushalt 2015 könne dies dann aber entsprechend berücksichtigt werden.

Bündnis 90/DIE Grünen

Auch Ratsherr **Schulte** dankt StOI **Schlenhardt**, dass er sich für die Beantwortung der Fragen zur Verfügung gestellt habe.

Zur Umgestaltung der Gesamtschule trägt er vor, dass hier gespart werden müsse, ohne dass die Qualität eingeschränkt würde. Er hinterfragt die Gesamtkosten für den Umbau der Gesamtschule. Für die Jahre 2014-2018 müssten 4,6 Mio. € für den Umbau der Mensa und den Außenanlagen etc. aufgewendet werden und geht auf die Verpflichtungsermächtigungen der folgenden Jahre ein.

Ratsherr **Schulte** stellt zum Haushaltsplanentwurf den Antrag, die Kosten für die Umlegung der Kindertagesstätte Gehrden in das Gebäude der ehem. Schule hinsichtlich der Kosten noch einmal zu überprüfen. Der zuständige Planer solle im Bauausschuss die Pläne näher vorstellen.

FDP-Fraktion

Ratsherr Dr. **Schwarz** erklärt für die FDP-Fraktion dem Haushaltsplanentwurf zustimmen zu wollen. Seine Fraktion stelle jedoch den Antrag, dass die Stadt Brakel ihre Schulden weiter abbauen und ab 2020 schuldenfrei sein sollte.

Ratsherr **Wintermeyer** ist der Meinung, dass der „alte“ Rat dem zukünftigen Rat diese finanzielle Vorgabe nicht zumuten solle.

Ratsherr **Lohre** sieht große Bedenken darin, dass die Verwaltung diese Vorgaben in Zukunft bewältigen könne. Er bietet den Fraktionen ein gemeinsames Gespräch an, um zukünftig einen ausgeglichen Haushalt präsentieren zu können.

Auch Ratsherr **Aßmann** sieht den Antrag der FDP-Fraktion seiner Meinung nach als illusorisch an. Eine derartige Verpflichtung könne man dem „neuen“ Rat nicht zumuten.

Nach Diskussion zieht Dr. **Schwarz** den Antrag der FDP-Fraktion zurück.

Ratsfrau **Beineke** verdeutlicht noch einmal die Wichtigkeit zur Umlegung der Kindertagesstätte Gehrden in die ehem. Schule. Ihrer Meinung nach könne das Gebäude der Kita besser veräußert werden.

Ratsherr **Krömeke** stellt hinsichtlich des Umbaus der Mensa in der Gesamtschule für die CDU-Fraktion den Antrag, dass im Haushalt 2016 eine Verpflichtungsermächtigung eingetragen werde um den Umbau durchgehend verwirklichen zu können.

Bürgermeister **Temme** lässt zum Abschluss der Haushaltsplanberatungen über die gestellten Anträge wie im Beschluss aufgeführt abstimmen.

Ratsherr **Lohre** nimmt die Diskussion dahingehend noch einmal auf, dass es immer Möglichkeiten gebe den Haushalt zu Verändern. Sein Ziel sei es, den Haushalt zu retten und bietet noch einmal ein fraktionsübergreifendes Gespräch an.

Seinen gestellten Antrag, die Löschanlage für den EDV-Raum mit einem Sperrvermerk zu versehen, bittet VA **Oesselke** noch einmal zu überdenken. Er erklärt, dass bei einem Arbeitsausfall durch Brand die komplette Verwaltung, Bauhof sowie Stadthalle technisch ausfallen würden. Anfallende Kosten von ca. 10.000 €/Tag summierten sich bei einem erwarteten Ausfall von 3-6 Wochen.

Ratsherr **Lohre** zieht daraufhin seinen Antrag zurück.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt **mehrheitlich bei 3 Gegenstimmen** dem Haushaltsplanentwurf 2014 der Stadt Brakel in der vorliegenden Fassung **mehrheitlich** zu.

Über die zuvor gestellten Anträge wurde wie folgt abgestimmt:

UWG/CWG-Fraktion

- Die Anschaffung einer mobilen Veranstaltungsbühne soll mit einem Sperrvermerk versehen werden. einstimmig

Liste Zukunft

- Für die Pflegefolgekosten im Bereich „Bö-kendorfer Grund“ sollte ab 2015 eine leichte Steigerung berücksichtigt werden. einstimmig

Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

- Die Pläne zur Umlegung der Kindertagesstätte in Gehrden sollten in der Sitzung des Bauausschusses dahingehend kritisch betrachtet werden, um eine Möglichkeit zur Kostenreduzierung zu finden. einstimmig

CDU-Fraktion

- Für den Bau der Mensa der Gesamtschule sollte der Ansatz für das Haushaltsjahr 2016 mit einer Verpflichtungsermächtigung versehen werden. einstimmig

3.	9. Änderung der Hauptsatzung
-----------	-------------------------------------

Berichterstatter: VA Oesselke

656/2009
-2014

VA **Oesselke** erläutert den Sachverhalt laut Vorlage, dass im Rahmen der Prüfungstätigkeiten des Rechnungsprüfungsausschusses eine Notwendigkeit gesehen worden ist, die Hauptsatzung zu ändern.

Bürgermeister **Temme** erteilt das Wort an Ratsherrn **Rode** als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses. Dieser erklärt, dass sich aus den Reihen der Mitglieder eine Diskussion über die Vergabe von Aufträgen an Ratsmitgliedern ergeben hätte. Es sei festgelegt worden, dass Aufträge, die 2.500 € übersteigen, als Tagesordnungspunkt den Ratsmitgliedern vorgestellt werden.

Ratsherr **Lohre** empfindet, dass dadurch ein Ratsmitglied in seiner Funktion benachteiligt bzw. schlechter gestellt würde. Wenn jemand Interesse hat, sich dahingehend zu informieren, könne er bei der Verwaltung Akteneinsicht beantragen.

Ratsherr **Schulte** widerspricht dieser Meinung. Er sehe gerade in dieser Änderung einen Vorteil dahingehend, dass Gerüchten durch mehr Transparenz entgegengewirkt werden könne.

Diesem stimmt Ratsherr **Rissing** zu, er sehe hierin eine Schutzfunktion gegenüber dem Ratsmitglied.

Dieser Meinung schließt sich Ratsherr D. **Multhaupt** an. Er weist aber darauf hin, dass dies als Tagesordnungspunkt behandelt werde – nicht als Bekanntgabe.

Ratsherr **Frese** ist im Hinblick auf die „Schutzfunktion“ ebenfalls für die Änderung der Hauptsatzung.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt **mehrheitlich bei 5 Gegenstimmen** dem Rat der Stadt Brakel mit der Mehrheit der gesetzlichen Anzahl der Ratsmitglieder die im Entwurf vorliegende Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Brakel vom 13.12.1999 –9. Änderung- als Satzung zu beschließen.

4. Neue Vergabedienstanweisung für die Vergabe aller Lieferungen und Leistungen einschl. Bauleistungen der Stadt Brakel
--

657/2009
-2014

Berichterstatter: Fachbereich 3

Bürgermeister **Temme** erteilt das Wort an StA **Düsenberg** der den Sachverhalt lt. Vorlage nochmals darstellt. Er teilt mit, dass durch gravierende Veränderungen der vergaberechtlichen Bestimmungen eine neue Vergabedienstanweisung erforderlich sei. Die GPA des Landes NRW habe eine Mustervergabedienstanweisung erstellt, diese bilde die Grundlage für die Ausfertigung der Stadt Brakel.

StA **Düsenberg** informiert darüber, dass wesentliche Änderungen die Anhebung des Richtwertes bei freihändigen Vergaben und bei beschränkten Ausschreibungen ergeben hätten.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt **einstimmig** dem Rat zu beschließen, die Vergabedienstanweisung bei allen öffentlichen Aufträgen, deren geschätzte Auftragswerte die EU-Schwellenwerte ohne Umsatzsteuer nicht erreichen, mit sofortiger Wirkung anzuwenden.

Gleichzeitig tritt die Vergaberichtlinie v. 01.03.2003 in der aktuellen Fassung außer Kraft.

5. Bekanntgaben der Verwaltung

1. Luftkurort/Erholungsort

Bürgermeister **Temme** gibt bekannt, dass die Stadt Brakel durch die Bezirksregierung Detmold mit dem Prädikat „Luftkurort“ versehen wurde und weiterhin die Bezeichnung tragen dürfe. Die Ortschaften Bellersen und Gehrden dürfen sich weiter „Erholungsort“ bezeichnen.

Bürgermeister **Temme** bittet in den entsprechenden Bezirksausschüssen darauf hinzuweisen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht. Mit einem Dank an die Teilnehmer schließt Bürgermeister Temme die Sitzung.

Hermann Temme
(Bürgermeister)

Regina Werneke
(Schriftführerin)